

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

Dachbegrünungsverpflichtung sorgfältig abwägen

Grüne Haus- und Garagendächer tragen zu einem lebenswerten städtischen Wohnumfeld bei und verbessern das Klima. Dachbegrünungen können Regenwasser sowohl zurückhalten als auch speichern. Und was nicht von den Pflanzen aufgenommen wird oder verdunstet, wird langsam und zeitverzögert abgegeben. Daher sind Dachbegrünungen einer von vielen Bausteinen beim Umgang mit Starkregenereignissen und sich verändernden klimatischen Bedingungen. Besonders in hochverdichteten Stadtteilen gilt: Begrünte Dächer halten Regenwasser zurück und entlasten damit die Kanalisation. Gründächer senken die Kosten für Heizung und Kühlung von Gebäuden und sie helfen, Staub und Schadstoffe aus der Luft zu filtern. Auch für das Kleinklima im verdichteten innerstädtischen Raum haben Gründächer eine günstige Wirkung, insoweit spricht vieles für eine Ausweitung von begrünten Dächern.

Gleichzeitig muss in Bremen das Angebot an bezahlbarem Wohnraum massiv ausgeweitet werden, um den weiteren Anstieg der Immobilienpreise und des Mietzinsniveaus zu bremsen. Bremen fördert mit seinem Eigentumsschaffungsprogramm Familien in sozial belasteten Stadtteilen und mit dem Wohnraumförderprogramm Erwerb und Errichtung von bezahlbarem Wohnraum, hinzukommen noch unterschiedliche Förderinstrumente des Bundes. Eine Verpflichtung, bei Neubauten Gründächer zu schaffen, würde jedoch die Erstellungskosten deutlich erhöhen und konterkariert dadurch diese Förderungen teilweise. Die erhöhten Erstellungskosten werden vom Bauherrn selbstverständlich auf die zukünftigen Mieter bzw. die Erwerber umgelegt. Auch bei Gewerbebauten erhöht eine Gründachverpflichtung dem Investitionsbedarf und wirkt standortkostentreibend.

Zur Entscheidungsfindung ob, wo und wie in Bremen eine rechtliche Verpflichtung zur Errichtung von Gründächern erlassen wird, müssen die sich zum Teil ausschließenden Ziele sorgfältig gegeneinander abgewogen werden, um zu einer für das Gemeinwesen optimierten Antwort zu gelangen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. In welchen Ortsteilen können Gründächer einen Beitrag zur Bewältigung von Starkregenereignissen leisten, weil nicht ausreichende Versickerungsflächen zur Verfügung stehen, bzw. weil das Kanalsystem und die Versickerungsflächen zur Bewältigung von Starkregenereignissen nicht ausreichen?
2. In welchen Ortsteilen haben Gründächer im verdichteten innerstädtischen Raum voraussichtlich eine nachweisbar positive Wirkung auf das Kleinklima?
3. Wie hoch sind die zu erwartenden Beträge, um die sich die Erstellungskosten pro Wohneinheit im Geschosswohnungsbau, pro Reihenhaus, pro Doppelhaushälfte und pro freistehendes Einfamilienhaus verteuern?
4. Wie werden sich voraussichtlich diese erhöhten Erstellungskosten auf den Mietzins bzw. den Kaufpreis bei den genannten Wohnungsbausegmenten im Vergleich zu Erstellungskosten ohne Gründach auswirken?
5. Um welchen Betrag pro Quadratmeter werden sich die Erstellungskosten bei Gewerbeimmobilien erhöhen?
6. In welchen deutschen Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern gibt es bereits eine stadtweite Verpflichtung zur Errichtung von Gründächern, in welchen gibt es eine ortsteilbezogene und welche Erwägungen führten in diesen Städten zur Einführung einer solchen Verpflichtung? Gibt es rechtliche Verpflichtungen zur Grünbedachung in den Gemeinden im Bundesland Niedersachsen? Welche Umsetzungserfahrungen einer rechtlichen Grünbedachungsverpflichtung gibt es speziell in den Bremen angrenzenden Landkreisen und in den niedersächsischen Städten Oldenburg, Hannover, Braunschweig und Osnabrück?
7. Bei sorgfältiger Abwägung der Antworten zu den Fragen 1 bis 6: In welchen Bremer Ortsteilen und bei welchen Wohnungsbausegmenten bzw. bei welchen Gewerbeimmobilien hält der Senat die Vorteile einer rechtlichen Verpflichtung zur Dachbegrünung für überwiegend, gegenüber dem Ziel den vermeidbaren Anstieg der Erstellungskosten für Immobilien zu dämpfen, um damit eine deutlichen Ausweitung des Angebots an bezahlbaren Wohnraum zu unterstützen?

Björn Tschöpe und Fraktion der SPD